

Antrag

der AfD-Fraktion

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg zum Thema:

Inflation und Versorgungskrise - Brandenburger Bürger und Unternehmen jetzt entlasten!

Begründung:

Die Verbraucherpreise in Brandenburg sind im Jahresvergleich deutlich gestiegen: Bundesweit meldet das Statistische Bundesamt eine Inflationsrate von 5,3 Prozent im Jahresvergleich, in Brandenburg betrug die Inflationsrate sogar 5,7 Prozent. Neben den Nahrungsmitteln betraf die Teuerung betraf vor allem die Energiepreise, die nicht nur die Brandenburger Bürger, sondern auch die die kapitalschwachen mittelständischen Unternehmen in Brandenburg besonders belastet.

Die Preisexplosion auf dem Energiemarkt ist auf bundespolitisches Versagen zurückzuführen, da die Verteuerung des russischen Gases durch die Ökostrom-Förderung die Strompreise bestimmt. Während die Verbraucher unter den hohen Preisen leiden, streichen die Betreiber von Atom-, Wind-, Braunkohle- und Wasserkraftwerken große Gewinne ein, da sich ihre „Brennstoffe“ gar nicht oder nur wenig verteuert haben. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) hat berechnet, dass die Verbraucher im vergangenen Jahr knapp 1,7 Milliarden Euro weniger für Strom hätten ausgeben müssen, wenn diese Zusatzgewinne nicht bei den Betreibern gelandet wären.

Die avisierte Abschaffung der EEG-Umlage Mitte Juli 2022 wird hier kurzfristig keine Abhilfe schaffen. Das zeigt die ausbleibende Wirkung der Anfang des Jahres gesunkenen EEG-Umlage, die von den Erzeugern aufgrund der hohen Börsenstrompreise nicht an die Verbraucher weitergegeben wurden.

Die Inflation ist da. Sie wirkt verstärkt in Deutschland, dem Lande der langfristigen wirtschafts-, währungs- und energiepolitischen Fehlentwicklungen, das zusätzlich durch eine entscheidungsunwillige Bundesregierung, im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarländern, ins Hintertreffen gerät. Die daraus resultierenden sozialen Schieflagen müssen jetzt abgemildert werden – über tatsächliche Kostenentlastungen für den Bürger ist zu diskutieren und diese müssen schnellstmöglich beschlossen werden.

Brandenburg ist von den bundespolitisch induzierten Fehlentwicklungen besonders betroffen. Die Auswirkungen der Inflation zeigen sich bereits im Grenzbereich zu Polen. Das Tankstellensterben ist ein direktes Ergebnis der deutschen Preisfindungspolitik und indirekte Folge der völlig ermangelnden Zusammenarbeit der europäischen Regionen. Letztlich aber bedingt die völlige Untätigkeit der Bundesregierung in der Steuerpolitik und der Unwille, die deutschen Bürger zu entlasten, die Folgen im grenznahen Bereich: Polen entlastet seine Bürger von den Folgen der Inflation, indem die dortige Regierung kurzfristig die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel aussetzt und den Steuersatz auf Treibstoff senkt. Polen macht Politik für seine Bürger, Deutschland und Brandenburg nicht. Daher nutzen die Brandenburger selbstverständlich günstige Möglichkeiten im Nachbarland, was zur Verödung der grenznahen Regionen Brandenburgs führt.

In der Aktuellen Stunde wollen wir uns über Ursachen der Inflation und Möglichkeiten der kurzfristigen Abmilderung der Folgen für die Brandenburger Bürger austauschen.